

Benutzer Rechtsstaat

Zu: „Das rechte Spanien marschiert“,
FR-Politik vom 29. November

Dass ausgerechnet Isabel Díaz Ayuso von der konservativen spanischen Volkspartei (Partido Popular), die in 261 Korruptionsfälle mit einem dadurch für die spanischen Steuerzahler:innen entstandenen Schaden in Höhe von 48,427 Milliarden Euro verstrickt ist und die seit 2018 die verfassungs- und gesetzesmäßig alle fünf Jahre notwendige Ernennung neuer Mitglieder des Generalrates der rechtsprechenden Gewalt (Consejo General del Poder Judicial) blockiert, wodurch wichtige Richterstellen nicht mehr besetzt werden können, nun die von der gegenwärtigen linken Regierung von Ministerpräsident Pedro Sánchez angekündigte Abschaffung der im Volksmund „Knebelgesetz“ („Ley Mordaza“) genannten Verfügungen der ehemaligen konservativen Regierung von Mariano Rajoy als „Angriff auf den Rechtsstaat“ bezeichnet, entbehrt nicht einer gewissen Ironie.

Offensichtlich erinnern sich Politiker:innen der Volkspartei immer nur dann des Rechtsstaates, wenn sie ihn dafür benutzen können, die Grundrechte und -freiheiten der spanischen Bürger:innen einzuschränken oder die katalanischen Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterdrücken.

Thomas Tews, Frankfurt

Etwas mehr Zuversicht

Kolumne: „Drang zum Optimismus lässt nach“, FR-Meinung vom 30.11.

Das Beobachten von Menschen in Alltagssituationen ist wirklich äußerst spannend, lehrreich und tagesfüllend. Das kann ich nur unterstreichen.

Im Sommer weilten wir zwecks touristischer Umtriebe im bezaubernden Städtchen Concarneau an der bretonischen Südwestküste, auch bekannt durch den Kommissar Dupont aus Jean-Luc Bannalecs Romanen, der ja bekannterweise Jörg Bong ist, früher S.Fischer Verlage hier in Frankfurt.

Auf der Rückseite der Ville Close in Concarneau gibt es eine kleine Personenfähre, die den gegenüberliegenden Stadtteil Kerancalvez mit der Altstadt verbindet. Dort sitzt man/frau fantastisch auf einer Bank oder im Café und kann in aller Ruhe den wunderbaren Ausblick auf das Meer und die Stadt bewundern.

Die Beobachtung der Passagiere auf der kleinen Fähre, die ständig hin- und herfährt, ist überaus beruhigend und kann den von Ihnen beschriebenen Optimismus durchaus erbringen. Und die Erinnerung daran lässt einen auch in diesen trüben Zeiten wieder etwas optimistischer sein.

Walter Welker, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer
Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären
Sie sich einverstanden, dass
Ihre Zurschrift auch online
unter www.frblog.de
veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor,
Zurschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE
Alle Stimmen dieses Forums
wurden auch online im FR-Blog
veröffentlicht, der Fortsetzung des
Print-Forums im Internet. Lesen
Sie hier: frblog.de/lf-20211206

Wir reden aneinander vorbei

Kolumne zum Thema Pandemie und „Querdenker“: „Leben schützen“, FR-Meinung vom 29. November

Tiefgreifendes Misstrauen gegenüber „denen da oben“

Bei einer wahnhaften Psychose ist der Betroffene rationalen Argumenten gegenüber vollkommen unzugänglich. In der Regel hilft dann nur Zwang, um ihn und andere vor schlimmen Folgen zu schützen.

Im Moment muss man glauben, dass man es beim Gros der Impfgegner mit einem kollektiven Wahn zu tun hat. Selbst die eindeutigsten und eindringlichsten Tatsachen werden geleugnet und derart umgedeutet, dass sie ins System passen und es sogar weiter stabilisieren. In geringem Ausmaß machen wir das natürlich alle, jeden Tag. Aber hier ist eine Intensität und Penetranz zu beobachten, die in Verbindung mit der völligen Resistenz gegenüber vernünftiger Argumentation als ein geschlossenes System imponiert. Häufig liegt offenbar ein tiefgreifendes Misstrauen gegenüber denen „da oben“ zugrunde, das aber nicht weiter hinterfragt wird, sondern als gemeinsamer Nenner und Rechtfertigung dient. Erstaunlich ist, dass dieses Misstrauen sich anscheinend nicht auf das Gesundheitssystem erstreckt. Zumindest verwundert unter diesen Gegebenheiten der Blick auf unsere Intensivstationen, auf denen sich zu etwa 75 Prozent Ungeimpfte befinden.

Wie ist das zu erklären? Anscheinend macht die sonst so vehement vertretene Überzeugung da halt, wo es ans Eingemachte geht. Persönliche Freiheit verabsolutieren einerseits, Inanspruchnahme der Solidargemeinschaft andererseits, wenn es brennt. Konsequenz sieht anders aus. Würden ungeimpfte Corona-Infizierte, egal wie schwer krank, einfach zu Hause bleiben, wäre das eigentlich folgerichtig. Dem ist aber nicht so. Also kann der

demokratischen Grundsätzen verpflichtete Staat hier nur im Sinne der Mehrheit handeln und eine allgemeine Impfpflicht ausrufen. Auch bei einem Herzinfarkt muss schnell gehandelt werden. Die Zeit zu reden kommt später, wenn der Betroffene wieder dafür aufnahmefähig ist.

Momentan reden wir in unterschiedlichen Sprachen und leben in unterschiedlichen Welten. Dies aufzuarbeiten ist sicher noch schwieriger als eine Impfpflicht durchzusetzen, aber vielleicht noch wichtiger.

Dr. Harald Reinemer, Bad Vilbel

Erschöpfte Pflegekräfte, einsame alte Menschen

An wen – außer an sich selbst – denken die Impfverweigerer, Querdenker oder wie auch immer sie sich nennen? Denken sie an die erschöpften, ausgelaugten Pflegekräfte und Ärzte, an deren Angehörige, die ihre Mutter, ihren Vater, ihre Tochter oder Sohn kaum sehen, die dauernd um die Gesundheit und das Leben ihrer Lieben bangen? Denken sie an die alten und kranken Menschen, die wieder einen einsamen Winter vor sich haben, die ihre Kinder und Enkelkinder vielleicht nie mehr sehen werden? Denken sie an die vielen Toten und deren qualvolles Sterben?

Ich glaube, sie denken nur an sich, denn dächten sie an all die Betroffenen, dann könnten sie sich nicht gegen Mittel wenden, durch die versucht wird, der Pandemie Herr zu werden. Schließlich dauert die Pandemie lang genug. Ich werde demnächst 77 Jahre alt und ich werde gewiss nicht lange genug leben, um die mir entgangenen Zärtlichkeiten meiner Enkel, die Umarmungen meiner Kinder, Schwiegertöchter, Geschwister und aller Angehörigen und Freunde und umgekehrt

meine Zärtlichkeiten für sie nachholen zu können. Entgangener Ausdruck von Liebe ist schlimm. Ich hoffe, dass zumindest ein paar der Verweigerer anfangen nachzudenken.

Christa Kreiß, Gelnhausen

Wir alle sind Teil dieser Gesellschaft

Liebe Andersdenkende, egal in welchem Rahmen Sie sich bewegen, ob Esoteriker, Anthroposophen, Querdenker, Reichsbürger, wo auch immer Sie sich zugehörig fühlen: Sie sind ein Teil dieser Gesellschaft. Sie haben keine Insel gekauft, auf der nur das gilt, was Sie für richtig halten. Sie gehen zum Arzt, ins Restaurant, in den Supermarkt, und partizipieren an dem, was diese Gesellschaft für alle zugänglich macht. Sie nehmen also teil.

Ist es da nicht angebracht, dass auch Sie Ihren Beitrag leisten? Alles zu tun, damit diese Welle für alle nicht zum riesigen Desaster wird? Dieses Virus interessiert es nicht, was Sie denken und glauben oder wie Ihre Wünsche für Ihr persönliches Leben lauten. Es stellt für viele Bereiche unseres Lebens eine enorme Bedrohung dar. Wenn wir nicht einen gemeinsamen Weg finden, wird es nächstes Jahr um diese Zeit ähnlich aussehen, und das kann doch nicht in Ihrem Interesse sein.

Bitte gehen Sie in sich und hinterfragen Ihre Beweggründe. Trennen Sie Ihre Zweifel und Ihre Bedenken in anderen Bereichen von der Frage der Impfung. Hier handelt es sich um eine existenzielle Frage. Wollen wir die nächsten Jahre in dieser Form mit der Bedrohung leben, bzw. im schlimmsten Fall gar nicht mehr leben? Anna Hartl, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/impfangst-2

Immunisierung gegen das Rechtsextremistenvirus

Fretterode-Prozess: „Ortstermin beim Neonaziführer“, FR-Politik vom 1. Dezember

Neonazis eignen sich das Gewaltmonopol an

Es ist unbedingt notwendig, dass das Gericht im Prozess gegen die beiden Neo-Nazis Nordulf H. und Gianluca B. genau hinsieht. Über Jahre hinweg haben Politik und Behörden nicht nur ungenau, sondern allzu oft gar nicht hingesehen. Es wurde geleugnet, verharmlöst, abgewiegelt oder, wenn es gar nicht mehr anders ging, auf Einzeltäter verwiesen. Diese Tatsache, von der Szene gern als nonverbale Zustimmung aufgefasst, hat wesentlich zu deren Ausbreitung beigetragen. Es geht darum, faschistoide Einstellungen und Taten, wie sie die Beschuldigten als Handlanger dieser Strategie verübten, in das Innenleben einer Gesellschaft zu tragen, die längst nicht mehr nur von Spaltung bedroht ist.

Psychische Abwehrmechanismen wie Verleugnung und Verdrängung müssen als gesellschaftliches Phänomen angesehen werden. Es sind nicht selten

dieselben Politiker, welche sich z.B. über die Verleugnung der Gefahr von Impfgegnern durch Corona echauffieren, die selbst in ebenso perfider Weise über Jahre hinweg die Gefahr, welche von Neo-Nazis ausgeht, verleugnet haben. Darin ähnelt die massenhafte Verleugnung einem Virus. So konnte es kommen, dass Bundeswehr und Polizei, die ja bekanntlich zu unserem Schutz da sind, von diesem Virus betroffen sind, denn gewaltbereite Neo-Nazis folgen der perfiden Logik, sich das Gewaltmonopol anzueignen.

Es genügt nicht mehr, jetzt genauer hinsehen zu wollen. Der Mangel an Aufklärung und die politische Auseinandersetzung, die sich allzu schnell in Lagerbildungen, Harmoniesucht, Konfliktvermeidung, Gleichmacherei und Fraktionszwängen erschöpfte, hat wesentlich zu diesen Missständen beigetragen. Inzwischen, leider viel zu spät, wissen wir, wie viele Alt-Nazis in dieser Republik über Jahrzehnte hinweg Recht gesprochen haben. Es ist

höchste Zeit, dass eine Auseinandersetzung darüber erfolgt, wie dieses Virus unsere Gesellschaft infiziert hat, damit wir auch in Zukunft wieder mehr Demokratie wagen. Robert Maxeiner, Frankfurt

Unsere Demokratie muss wehrhaft sein

Das, was im nordwestthüringischen Fretterode wohl abgelaufen ist und vor dem Landgericht in Mühlhausen verhandelt wird, dürfte in der Bundesrepublik kein Einzelfall sein. Die Tatsache des Verharmlösens und des Wegschiebens durch Behörden und Polizei zeigt deutlich, wie durchgesetzt jene Institutionen mit Leuten sind, denen es entweder nur darum geht, ihre Ruhe zu haben, oder die eine geistige Nähe zu Rechtsextremen haben. Die örtliche Polizei zeichnet sich im Prozess gegen den NPD-Bundesvize Thorsten Heise durch Desinteresse aus und lobt sogar noch die brutalen Aktivitäten des mehr als fragwürdigen Heise. Man könnte

auch davon sprechen, dass die örtliche Polizei sich bei ihrem Einsatz an Heises Gutshaus einer Amtspflichtverletzung schuldig gemacht hat, weil sie zugesehen hat, wie mögliche Beweismittel aus dem Tatfahrzeug, mit dem zwei Journalisten gejagt wurden, herausgeholt wurden. Jedenfalls ist zumindest Untätigkeit, wenn nicht sogar eine gewisse Kumpagnei mit den Rechtsextremisten nicht von der Hand zu weisen. Wenn die Verteidiger ausgerechnet die Opfer als alles andere als harmlos bezeichnen, zeigt das natürlich auch, wessen Geistes Kind diese Herrschaften sind, die nicht umsonst als Szeneanwälte bezeichnet werden.

Leider muss man konstatieren, dass Fretterode vielleicht nicht überall, aber doch an sehr vielen Orten und leider insbesondere im Osten kein Einzelfall ist. Die Politik ist aufgerufen, endlich den Geist des Grundgesetzes zu praktizieren und die Forderung nach wehrhafter Demokratie einzulösen. Manfred Kirsch, Neuwied